



WAHLKOMPASS
ISLAM, INTEGRATION,
INTERNATIONALES
ZUR LANDTAGSWAHL NRW
AM 9. MAI 2010

BÜRGER FRAGEN

POLITIKER ANTWORTEN



SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,

die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen am 9. Mai 2010 steht kurz bevor. Die letzte Wahlkampfwoche läuft, und für die Parteien an Rhein und Ruhr hat der Endsprint um Ihre Wählerstimme bereits begonnen. Dennoch, viele Wähler haben immer noch nicht ihre Wahlentscheidung getroffen.

Wie viele Bürgerinnen und Bürger in NRW machen sich auch diejenigen Wähler mit Migrationshintergrund und islamischem Glauben Gedanken darüber, wen Sie wählen sollen.

Welche Partei garantiert die verfassungsmäßigen Rechte auch im Hinblick auf die Freiheit der Religion? Welcher Spitzenpolitiker setzt sich am konsequentesten und authentisch gegen Diskriminierung ein? Welche PolitikerIn hat die besten Ideen für Integration und Freiheit für den Einzelnen? Dies sind nur einige der Leitgedanken gewesen, die zur Parteienbefragung mit den Schwerpunkten Islam, Integration und Internationale Politik geführt haben.

Bürgerinnen und Bürger in NRW haben 20 Fragen formuliert, die wir den Spitzenkandidaten von SPD, CDU, Grüne, FDP und den Linken gestellt haben.

Erfahren Sie hier, welche Antworten wir von Frau Hannelore Kraft (SPD), Frau Sylvia Löhrmann (Grüne), Frau Bärbel Beuermann (Die Linke), Herrn Rüttgers (CDU) und Herrn Pinkwart (FDP) erhalten haben.

Welchem Wahlkreiskandidaten gebe ich meine Erststimme und welcher Partei gebe ich meine Zweitstimme? Welche Antworten der Politiker sind für Sie wahlentscheidend? Wer setzt sich für Ihre Belange am besten ein?

Der Wahlkompass soll Ihnen bei Ihrer Wahlentscheidung für die Landtagswahl NRW helfen, damit Sie wissen, wer am 9. Mai Ihre Unterstützung verdient. Unterschätzen Sie den Wert Ihrer Stimme nicht. Gehen Sie wählen, die Wahllokale haben am Wahltag bis 18 Uhr geöffnet und übernehmen Sie Mitverantwortung für Ihr NRW!

Mit freundlichen Grüßen

Karim Moustafa

in Zusammenarbeit mit der Islamischen Zeitung

(www.islamische-zeitung.de)

Inhaltsverzeichnis

I. Islam 4-7

1. WELTRELIGION ISLAM
2. MOSCHEEBAUTEN
3. ISLAMISCHER RELIGIONSUNTERRICHT

II. Diskriminierung 8-13

4. MUSLIMISCHE LEHRERINNEN
5. KOPFTUCHVERBOT
6. DISKRIMINIERUNG VON MUSLIMEN
7. ANGRIFFE AUF MUSLIME
8. PERSÖNLICHER UMGANG MIT DISKRIMINIERUNG

III. Integration 14-20

9. DEFINITION
10. FORDERN UND FÖRDERN
11. UMGANG MIT MINDERHEITEN
12. INTEGRATIONSTEST
13. AUSLÄNDERWAHLRECHT
14. DOPPELTE STAATSBÜRGERSCHAFT

IV. Bürgerrechte 21-23

15. DATENSCHUTZ ODER ÜBERWACHUNG
16. SICHERHEIT IN NRW

V. Internationales 24-28

17. AUFNAHME VON GUANTANAMO HÄFTLINGEN
18. AFGHANISTANEINSATZ
19. OPFER IN AFGHANISTAN
20. WAFFENEXPORT

ISLAM

[DEFINITION]

Islam, der: bedeutet die bewusste Hingabe, Unterwerfung und Ergebenheit Allah gegenüber, auf die von Ihm übermittelte Art und Weise. Muslim/Muslima: Der/Die Islam-Praktizierende.

Der Islam ist eine monotheistische abrahamitische Religion, die sich vom Polytheismus und auch von christlichen Vorstellungen wie Menschwerdung Gottes und Dreifaltigkeit abgrenzt. Bestimmendes Element ist die Lehre vom tauhīd, der Einheit Gottes. Für Muslime ist Allah der einzige Schöpfer des Universums, der unabhängig von Zeit und Raum wirkt. (In der arabischen Sprache benutzen auch Christen das Wort Allah für „Gott“.)

Die zentrale Schrift des Islam ist der Quran, der für die Gläubigen das unverfälschte Wort Allahs und damit die ranghöchste Quelle des Glaubens darstellt. Der Quran wurde dem Propheten Muhammad in einem Zeitraum von mehr als zwei Jahrzehnten sukzessive hinabgesandt.

Der berühmte deutsche Dichter Johann Wolfgang von Goethe verstand den Islam wie folgt: „Wenn Islam Gott ergeben heißt, In Islam leben und sterben wir alle.“ Der 570 a.d. geborene Prophet des Islam Muhammad wird von den Muslimen als Siegel der göttlichen Prophetenkette angesehen. Für die Muslime gehören in diese Kette auch die Propheten Abraham, Moses und Jesus. Der Islam hat rund 1,6 Milliarden Anhänger weltweit.

1. ISLAM

1) IN DEUTSCHLAND LEBEN CA. 3 MILLIONEN MUSLIME, DAVON VIELE IN NRW. WAS VERBINDEN SIE MIT DER WELTRELIGION DES ISLAM?



Makka

SPD



NRW SPD: Wir begrüßen es, wenn Menschen aus ihrer religiösen Bindung heraus eine Verpflichtung zur politischen Verantwortung in der demokratischen Gesellschaft bejahen. In unserem Grundsatzprogramm halten wir fest, dass für uns das Wirken der Kirchen, der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften durch nichts zu ersetzen ist, insbesondere wo sie zur Verantwortung für die Mitmenschen und das Gemeinwohl ermutigen und Tugenden und Werte vermitteln, von denen die Demokratie lebt. Wir achten ihr Recht, ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der für alle geltenden Gesetze autonom zu regeln.

CDU



NRW CDU: Schätzungen zufolge leben in Deutschland sogar bis zu 4,3 Millionen Muslime, davon 1,3 bis 1,5 Millionen in Nordrhein-Westfalen. Getreu dem Grundsatz „Einheit in Vielfalt“ sind sie für uns eine Bereicherung unserer Gesellschaft. Fortführung und Intensivierung des Dialogs mit den Muslimen bleibt eine wichtige Aufgabe, die wir auch in Zukunft weiter vorantreiben wollen.

B'90/GRÜNE



Der Islam gehört zu den in Deutschland vertretenen Religionen selbstverständlich dazu. Das ist die logische Folge von 50 Jahren Zuwanderung aus muslimischen Ländern. Ich verbinde mit dem Islam viele Begegnungen mit Menschen muslimischen Glaubens, die mir positiv in Erinnerung sind. Viele meiner Freundinnen und Freunde - auch in der Partei - sind Muslime.

FDP



Der Islam gehört wie das Christentum und das Judentum zu den drei Weltreligionen, die allesamt ihren Ursprung im Nahen und Mittleren Osten haben. Er gründet auf Koran und ist wie die beiden anderen Weltreligionen eine monotheistische Religion. Bestimmendes Element ist die Lehre von der Einheit Gottes. Da mittlerweile ca. 3 Millionen Menschen muslimischen Glaubens das gesellschaftliche Zusammenleben in Deutschland mitprägen und damit zu einem Teil deutscher Kultur geworden sind bzw. werden, ist auch der Islam ein Teil der modernen deutschen Kultur.

DIE LINKE



DIE LINKE setzt sich für die Religionsfreiheit aller in Deutschland lebenden Menschen ein. Jeglicher Glauben und Nichtglauben ist als Privatsache gleichermaßen zu respektieren. Wir sind zugleich für eine strikte Trennung von Religion und Staat, der sich gegenüber allen Religionen neutral zu verhalten hat.

2) GLÄUBIGE MENSCHEN - EGAL OB CHRIST, MUSLIM ODER JUDE - HABEN SICH IMMER GOTTESHÄUSER GESCHAFFEN. WAS HALTEN SIE VON DEN GEPLANTEN MOSCHEEBAUTEN, DIE AUCH ÄUßERLICH ALS MOSCHEEN ZU ERKENNEN SIND?

SPD



NRW SPD: Wir unterstützen die freie Religionsausübung, die unser Grundgesetz garantiert. Dazu gehört für uns auch das Recht, eigene Gotteshäuser zu errichten. Wir widersetzen uns den Tendenzen, die dieses berechnete Anliegen für ihre undemokratischen Aktivitäten nutzen. Wir wissen, dass der Bau von Moscheen im konkreten Fall oft mit Schwierigkeiten verbunden ist, bei der Muslime Ängsten und pauschalen Vorurteilen nichtmuslimischer Bürgerinnen und Bürger ausgesetzt sind. Das Recht auf Religionsfreiheit gilt aber selbstverständlich auch für muslimische Menschen in Deutschland. Auch auf den Islam zielt das Prinzip der fördernden Neutralität unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

CDU



NRW CDU: Artikel 4 unseres Grundgesetzes garantiert die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sowie die ungestörte Religionsausübung. Dies umfasst auch den Bau von Gotteshäusern - seien es Kirchen, Synagogen oder Moscheen, ob mit Minarett oder ohne. Dabei sind die Vorgaben des Bauplanungs-, Bauordnungs- und Immissionsschutzrechtes zu berücksichtigen. Wichtig ist zudem die Einbindung der vor Ort lebenden Menschen. Annäherungsbarrieren, Vorurteile und Missverständnisse können überwunden und ausgeräumt werden.

B'90/GRÜNE



Mir persönlich ist wichtig: Für alle gläubigen Menschen in Deutschland gelten die Religionsfreiheit und der Gleichbehandlungsgrundsatz unseres Grundgesetzes. Gläubige – ganz gleich welchen Glaubens – haben daher das Recht, sich in würdigen Gotteshäusern zu treffen und diese zu bauen, wobei - wie für alle anderen Gebäude auch - die baurechtlichen Vorschriften zu beachten sind. Zu Moscheen gehören selbstverständlich auch Minarette. Die Zeit der Moscheen in Hinterhöfen ist vorbei.

FDP



Die FDP befürwortet grundsätzlich den Bau einer Moschee, die auch wie eine solche aussieht. Geleitet werden wir dabei von dem Grundsatz, einer religiösen Minderheit im Sinne der Religionsfreiheit den Bau eines repräsentativen Gotteshauses zu ermöglichen. Gerade die Offenheit gegenüber Neuem zeichnet unser Land aus und steht ihm, und uns allen, gut zu Gesicht.

DIE LINKE



Gläubige Menschen sollen da wo sie leben Gotteshäuser errichten und sie besuchen können, wenn sie dies möchten. Natürlich müssen dabei auch städtebauliche und rechtliche Aspekte berücksichtigt werden. Diese Aspekte dürfen aus unserer Sicht allerdings nicht als Vorwand dafür dienen, Moscheen in die Hinterhöfe verbannen zu wollen. Gläubigen Muslimen steht in unserer Gesellschaft, von der sie Teil sind, eine angemessene öffentliche Präsenz zu.

3) WAS TUN SIE FÜR EINEN FLÄCHENDECKENDEN ISLAMISCHEN RELIGIONSUNTERRICHT IN NRW-SCHULEN?

SPD



NRW SPD: Wir setzen uns dafür ein, dass islamische Schülerinnen und Schüler das Angebot eines Religionsunterrichts in deutscher Sprache und gemäß den Bildungsrichtlinien der Schule erhalten. Zugleich wissen wir um die Schwierigkeiten der Schaffung eines solchen Unterrichtsangebots. Bis auf weiteres bleibt deshalb die islamische Unterweisung für uns der überzeugendste Ansatz, den islamischen Unterricht in der deutschen Schule zu verankern. Er ist verfassungsrechtlich abgesichert und wird auch von den muslimischen Eltern anerkannt. Vor diesem Hintergrund begrüßen wir auch die Einrichtung von Lehrstühlen an deutschen Universitäten zur Ausbildung von islamischen Lehrerinnen und Lehrern.

CDU



NRW CDU: Wir setzen uns für einen regulären islamischen Religionsunterricht ein, damit muslimische Kinder und Jugendliche in deutscher Sprache, unter deutscher Schulaufsicht und von in Deutschland ausgebildeten Lehrkräften unterrichtet werden. Deshalb haben wir einen landesweiten Schulversuch Islamkunde in deutscher Sprache begonnen. Dieser ist erfolgreich und kann zu islamischem Religionsunterricht weiter entwickelt werden, wenn sich die islamischen Verbände auf gemeinsame Ziele einigen und die Voraussetzungen erfüllen, um als Partner des Staates bei der Erteilung des Unterrichts fungieren zu können.

B'90/GRÜNE



Wir Grüne wollen, dass islamischer Religionsunterricht mit an deutschen Hochschulen ausgebildeten Lehrkräften in deutscher Sprache und nach staatlich verantwortetem Curriculum in den Schulen angeboten wird. Eine flächendeckende Einführung wird Zeit brauchen, da die Lehrkräfte fehlen. Ich denke, man sollte den im Rahmen der deutschen Islamkonferenz gefundenen rechtlichen Weg nutzen. Um dauerhaft diesen Unterricht anzubieten, ist es notwendig, mit einer Vertretung der Muslime auf Landesebene zu kooperieren, das Gespräch mit Verbänden und Moscheegemeinden zu suchen, gemeinsame Ziele zu definieren und diese umzusetzen.

FDP



Grundsätzlich besteht die Problematik einer repräsentativen Vertretung, die für die Einrichtung eines solchen Unterrichts notwendig ist. Die Anzahl der Kinder und Schulen, die an den Schulversuchen der Islamkunde und des alevitischen Religionsunterrichts in deutscher Sprache teilnehmen, hat sich verdoppelt. Die FDP strebt weiterhin das Angebot eines flächendeckenden islamischen Religionsunterrichts durch in Deutschland ausgebildete Lehrer an.

DIE LINKE



Staatliche Aufgabe ist es, in den Schulen Werte und Normen des Zusammenlebens in einer offenen demokratischen Gesellschaft zu vermitteln. Dazu gehört auch, über unterschiedliche Kulturen und Religionen aufzuklären und für ihre Gleichberechtigung im Rahmen der Gesetze einzutreten. Dies soll nach unserer Auffassung in einem für alle Schülerinnen und Schüler verbindlichen Ethikunterricht geschehen, in dem gemeinsam über ethische Normen und Werte – religiöse wie nicht-religiöse – diskutiert werden kann. Ein konfessioneller Religionsunterricht an Schulen soll darüber hinaus als Wahlfach angeboten werden, wobei keine Glaubensrichtung bevorzugt oder benachteiligt werden darf.

DISKRIMINIERUNG

[DEFINITION]

Diskriminierung, die: (lat. *discriminare* „trennen, unterscheiden, eine Unterscheidung treffen“) 1. Benachteiligung gegenüber vergleichbaren Personen 2. Demütigung; Schlechtmachen 3. fachliche, wissenschaftliche Unterscheidung von verschiedenen Dingen

Diskriminierungsverbot, das: Rechtswissenschaftliches gesetzliches Verbot jemanden wegen seiner Herkunft, Religion, Hautfarbe usw. zu benachteiligen

2. DISKRIMINIERUNG

4) TAUSENDE LEHRERINNEN UND LEHRER FEHLEN IM GANZEN LAND. WAS IST IHRE MEINUNG ZUM KOPFTUCHVERBOT FÜR MUSLIMISCHE LEHRERINNEN IN NRW?

SPD



NRW SPD: Das Schulgesetz in NRW hat unter der CDU/FDP das Kopftuch verboten. Die Gerichte haben das zwar gebilligt, aber zugleich immer deutlich gemacht, dass dies auch bei vergleichbaren christlichen oder jüdischen Bekleidungen gelten müsste. Hier hat es aber noch keinen entsprechenden Konflikt gegeben. Aus sozialdemokratischer Sicht ist Toleranz unteilbar. Es gibt rechtlich kein "Christentums-Privileg", alle Religionen sind vor dem Staat gleich viel wert.

CDU



NRW CDU: Mit dem „Ersten Gesetz zur Änderung des Schulgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen“ haben wir die staatliche Neutralität bei der Unterrichtung und Erziehung von Kindern und Jugendlichen gesichert. Laut der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist dabei nicht entscheidend, aus welchen Motiven heraus eine Frau ein Kopftuch trägt. Maßgeblich ist vielmehr, dass es von dem „Empfängerhorizont“ als politisches Symbol verstanden werden kann.

B'90/GRÜNE



Ich habe das Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen immer abgelehnt. Meine Meinung ist: Es kommt nicht darauf an, was auf dem Kopf ist, sondern was im Kopf ist. Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt, dass sich das Tragen des Kopftuchs im Zusammenhang mit der Person dem Schutzbereich des Artikels 4 Grundgesetz (Religionsfreiheit) plausibel zuordnen lässt. Wenn dem so ist, darf kein Unterschied gemacht werden zu anderen religiös motivierten Kleidungsstücken. Entweder müssen alle religiös motivierten Kleidungsstücke im Schuldienst verboten werden oder keines.

FDP



Gesellschaften sind nicht statisch und unterliegen kontinuierlichen Veränderungen. Diese sollten sich auch in den Schulen widerspiegeln. Die FDP will die Anstrengungen, mehr Pädagogen mit Migrationshintergrund zu gewinnen, weiter verstärken. Mit dem Kopftuchverbot für Lehrerinnen wird die politische, religiöse und weltanschauliche Neutralität der Beamten gegenüber Schülern und Eltern garantiert. Es handelt sich hierbei nicht, wie die Überschrift des zweiten Fragenblocks unterstellt, um eine Diskriminierung; das Verbot ist von Seiten der Gerichte als rechtmäßig bestätigt worden.

DIE LINKE



Unserer Meinung nach ist ein Kopftuchverbot verfassungswidrig, wenn nicht alle religiösen Symbole gleichbehandelt werden. Es ist darüber hinaus ein denkbar schlechtes Signal in unsere Gesellschaft hinein, weil die Diskriminierung von Muslimen so als gerechtfertigt erscheint.

5) KONKRET: WERDEN SIE DAS KOPFTUCHVERBOT WIEDER ABSCHAFFEN?

SPD



NRW SPD: Im Rahmen der notwendigen Änderung des Schulgesetzes wird der zukünftige Umgang mit religiösen Bekleidungen bzw. Zeichen erneut geprüft werden müssen.

CDU



NRW CDU: Nein. Das Verbot im Sinne der staatlichen Neutralitätspflicht hat sich bewährt und hat zur Bewahrung des politischen, religiösen und weltanschaulichen Schulfriedens beigetragen. Zudem gibt es selbst innerhalb des islamischen Diskurses unterschiedliche Auffassungen zur Kopftuchpflicht.

B'90/GRÜNE



Das Grüne Wahlprogramm sieht vor, das Verbot wieder aufzuheben. Dazu stehe ich. Während der Beratungen des Gesetzes 2006 habe ich viele engagierte muslimische Lehrerinnen und Schulsozialarbeiterinnen kennen und schätzen gelernt. Das hat mich in der Ablehnung des Kopftuchverbots bestärkt. Kein Verständnis haben wir Grüne allerdings dafür, wenn muslimische Frauen zum Tragen eines Kopftuchs gezwungen werden. Ob jemand ein Kopftuch trägt oder nicht trägt, muss immer eine freie Entscheidung sein. Diese hat der Staat, aber auch das private Umfeld der Frau zu akzeptieren.

FDP



Es handelt sich bei dem Kopftuchverbot nicht um eine Bewertung einer Religion oder von Glaubensinhalten. Aus den in der vorherigen Antwort genannten Gründen, zumal aufgrund der besonderen Rolle der Pädagogen und da sich die Schülerinnen und Schüler dieser Symbolik aufgrund der Schulpflicht nicht entziehen können, steht die FDP hinter der getroffenen gesetzlichen Regelung.

DIE LINKE



Wir werden uns für einen offeneren Umgang mit Kopftuchträgerinnen im öffentlichen Dienst einsetzen. Aus unserer Sicht wäre auch eine nicht-diskriminierende Regelung wie in Berlin denkbar, die für alle religiösen Symbole gleichermaßen und nur in Teilen des öffentlichen Dienstes gilt.

6) WAS MACHT IHRE PARTEI GEGEN DIE DISKRIMINIERUNG VON MUSLIMINNEN UND MUSLIMEN IN GESELLSCHAFT, WIRTSCHAFT, POLITIK UND MEDIEN?

SPD



NRW SPD: Wir sehen die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Rechtsextremismus als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Politik und Zivilgesellschaft müssen sich langfristig engagieren. Wir haben uns maßgeblich für das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz stark gemacht, das Menschen die Möglichkeit gibt, gegen Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Herkunft und Religion vorzugehen. Wir wollen die öffentlichen Institutionen und die Verwaltung interkulturell öffnen und den Migrantenanteil an den Angestellten im öffentlichen Dienst erhöhen, um insgesamt die interkulturelle Sensibilität in der Verwaltung zu erhöhen.

CDU



NRW CDU: Antidiskriminierungspolitik ist eine Querschnittsaufgabe, die eine Vielzahl von Maßnahmen erfordert. Wir setzen uns u. a. dafür ein, die Rahmenbedingungen für berufliche Qualifikation zu verbessern und den Anteil von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte im öffentlichen Dienst, etwa in der Schule oder bei der Polizei, deutlich zu steigern. Darüber hinaus fördern wir die Arbeit von fünf Antidiskriminierungsbüros sowie der Integrationsagenturen, die sich auf verschiedenste Weise für die rechtliche, politische und soziale Gleichstellung der von Diskriminierung betroffenen Menschen einsetzen.

B'90/GRÜNE



Für mich sind Gleichstellung und Antidiskriminierung zentrale politische Themen. Wir Grüne kritisieren die teilweise unzureichende Umsetzung der EU-Antidiskriminierungsrichtlinien in nationales Recht. Dabei setzt sich in der Mehrheitsgesellschaft nach und nach die Erkenntnis durch, dass wir ein multikulturelles und multireligiöses Land sind und dass das Prinzip "Gleiche Rechte, gleiche Pflichten" gilt. Antidiskriminierungsarbeit und die Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit wollen wir verstärkt unterstützen. Dabei haben wir aber alle Opfer von Diskriminierung gleichermaßen im Blick.

FDP



Die FDP setzt sich für eine offene Bürgergesellschaft ein. In einer liberalen Bürgergesellschaft ist kein Platz für Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung von Minderheiten. Niemand darf aufgrund seines Geschlechts, seiner Herkunft, Religion, politischen Überzeugung oder sexuellen Identität benachteiligt werden. Zudem setzen wir uns im Rahmen unserer Möglichkeiten für das Recht auf ungestörte Religionsausübung ein. Zudem sind Menschen in Deutschland durch nationale, europäische und internationale Gesetze vor Diskriminierung geschützt.

DIE LINKE



DIE LINKE wirbt für eine Wahrnehmung von Muslimen ohne Angst und ohne Vorurteile und tritt für gleiche Rechte für alle hier lebenden Menschen ein. Wir fordern eine konsequente Anti-Diskriminierungsgesetzgebung und -praxis, ohne Ausnahmeregelungen (etwa bei der Wohnungsvergabe) und für ein effektives Verbandsklagerecht. Mit einer Politik der sozialen Gerechtigkeit für alle wollen wir rassistischen Sündenbock-Strategien nachhaltig die Grundlagen entziehen.

7) MARWA EL-SHERBINI IST IN EINEM DEUTSCHEN GERICHT ERMORDET WORDEN, NUR WEIL SIE MUSLIMIN IST. WAS SAGEN SIE ZUR ZUNEHMENDEN ISLAMFEINDSCHAFT UND ANGRIFFEN AUF MUSLIME IN DEUTSCHLAND?

SPD



NRW SPD: Unser Ziel ist eine Gesellschaft, in der man ohne Angst verschieden sein kann, in der alle frei und gleichwertig sind, mit gleichen Chancen und Möglichkeiten. Alle Formen der Diskriminierung, ob wegen ethnischer Herkunft, Geschlecht, Religion und Weltanschauung, Behinderung, Alter oder sexueller Identität, bekämpfen wir. Vorurteile und Ablehnung muslimischer Menschen in unserer Gesellschaft sehen wir mit großer Sorge. Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und Antisemitismus und damit auch die Auseinandersetzung mit Islamfeindlichkeit werden eine Aufgabe auch der neuen Landesregierung sein.

CDU



NRW CDU: Wir verurteilen islam- und fremdenfeindliche Äußerungen und Gewalttaten. Die schreckliche Ermordung von Marwa El-Sherbini, die uns fassungslos gemacht hat, hat gezeigt, dass wir uns jeden Tag für ein friedliches und partnerschaftliches Miteinander einsetzen sowie Gewalt und Rassismus entschieden entgegenzutreten müssen.

B'90/GRÜNE



Mit großer Besorgnis beobachte ich die Zunahme islamophober Einstellungen, die auch in der Mitte der Gesellschaft auf Zustimmung stoßen. Gestreut und propagiert werden diese inhumanen Ansichten über islamophobe Internetseiten und von sog. rechtspopulistischen Gruppierungen wie „pro NRW“. Es wird Zeit, Islamophobie beim Namen zu nennen, ernst zu nehmen und Maßnahmen gegen diese spezielle und weit verbreitete Form der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit zu ergreifen. Es ist ein Skandal, dass die damalige Bundesregierung viel zu spät und erst nach Protesten auf den Vorfall reagierte.

FDP



Die FDP lehnt jeglichen Extremismus und Diskriminierungen aller Art - egal, ob von rechts, links, aus religiösen oder sonstigen Gründen - entschieden ab. Der Verfassungsschutzbericht NRW weist für das Jahr 2008 insgesamt 4.668 Fälle politisch motivierter Kriminalität aus; dabei entfallen bei den von Rechtsextremisten begangenen Taten 78 % auf sog. Propagandadelikte und Volksverhetzung. Die FDP setzt sich daher intensiv für Aufklärung ein und fördert aktiv Ausstiegsprogramme aus der rechten Szene.

DIE LINKE



In der Tat ist DIE LINKE der Auffassung, dass sich eine neue Bundesregierung – aber nicht nur die –er Staat auf allen Ebenen verstärkt um die Islamphobie in Deutschland kümmern und entsprechend handeln muss. Vor allem nach dem 11. September 2001 haben Pauschalisierungen und misstrauische Einstellungen gegenüber Muslimen zugenommen. Die Politik der Landes- und Bundesregierung hat hierzu ihren Teil beigetragen: Immer wieder wird von Muslimen ein öffentliches Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung abverlangt – und im Gegenzug suggeriert, dass von ihnen eine besondere Gefahr ausginge. Medienwirksame Debatten um Zwangsverheiratungen, „Ehrenmorde“, Kopftuchträgerinnen usw. werden häufig so geführt, dass sich ein völlig verzerrtes und pauschales Negativ-Bild des Islam in der Öffentlichkeit verfestigt hat. Der Islam wird regelmäßig mit Rückständigkeit, Unterdrückung und Gewalt assoziiert – mit dem konkreten Leben der allermeisten Muslime in Deutschland hat dies nur wenig gemein.

8) WIE SOLL MAN IHRER MEINUNG NACH PERSÖNLICH MIT DISKRIMINIERUNG UMGEHEN?

SPD



NRW SPD: Für die von Diskriminierung Betroffenen ist es wichtig, sich der Solidarität und Unterstützung Anderer zu versichern. Hier kommt sicherlich den Migrantenselbstorganisationen eine wichtige Aufgabe zu, die wir weiterhin unterstützen wollen.

CDU



NRW CDU: Diskriminierungen gilt es entschieden entgegenzutreten und in der Öffentlichkeit auf sie aufmerksam zu machen. Darüber hinaus sollten Opfer von Diskriminierung die vielfältigen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten zur Antidiskriminierungsarbeit nutzen.

B'90/GRÜNE



Diskriminierung sollte sich niemand gefallen lassen. Grüne und SPD haben bereits 1997 Antidiskriminierungsbüros in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Dorthin kann sich jeder wenden, der Opfer von Diskriminierung geworden ist (www.diskriminierung-melden.de). Wer sich durch Behörden diskriminiert fühlt, kann sich auch an den Petitionsausschuss des Landtags wenden. Ich kann Opfer von Diskriminierung nur ermuntern, diese Möglichkeiten zu nutzen. Nicht zuletzt besteht auch die Möglichkeit der Klage vor einem Zivilgericht.

FDP



Der Umgang mit Diskriminierung ist anspruchsvoll und benötigt persönliche und institutionelle Reflexion. Wenn sich jemand benachteiligt fühlt, ist es in der Regel ratsam, die Person, von der man sich diskriminiert fühlt, persönlich anzusprechen und damit zu konfrontieren. Wenn dies wenig erfolgversprechend erscheint, sollte zusätzlicher Rat, Hilfe und Unterstützung eingeholt werden. Vor allem die Antidiskriminierungsbüros bieten hier den von Diskriminierung Betroffenen Hilfe durch Beratung und tatkräftige Unterstützung an.

DIE LINKE



DIE LINKE wirbt dafür, Menschen nicht nach Äußerlichkeiten zu beurteilen und kulturelle Besonderheiten zu respektieren – selbstverständlich im Rahmen der geltenden Gesetze. DIE LINKE beteiligt sich an Protesten wie in Duisburg-Marxloh, und unterstützt Menschen, die Diskriminierungen ausgesetzt sind. Wir stehen für eine andere Gesellschaft. Diese Solidarität versuchen wir auch in unserer eigenen Partei zu leben. Niemand muss sich Diskriminierungen gefallen lassen. Ein Verbandsklagerecht würde hier über ihre Verbände eine zusätzliche Stimme verleihen.

INTEGRATION

[DEFINITION]

Integration, die: (lat: integrazion) 1. Eingliederung in eine bereits bestehende Gruppe, eine größere Einheit 2. Zusammenschluß, Verbindung zu einem Ganzen 3. erneute Verbindung zu einer Einheit 4. Integration wird oft mit Assimilation verwechselt, dies sind allerdings zwei unterschiedliche Prozesse

Integrationsprozeß, der: Vorgang einer Vervollständigung, Eingliederung, Vereinigung, eines Zusammenschlusses

3. INTEGRATION

9) WIE DEFINIEREN SIE GELUNGENE INTEGRATION?

SPD



NRW SPD: Unser Verständnis von Integration basiert auf den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Deshalb zielt für uns Integration darauf ab, dass der einzelne Zuwanderer ein selbstbestimmtes Leben innerhalb unseres Demokratie- und Rechtsverständnisses führen kann. Aus diesem Verständnis ergeben sich drei Ebenen der Integration: die soziale Chancengerechtigkeit, die kulturelle Anerkennung und die politische Partizipation. Soziale Chancengerechtigkeit garantiert die gleichberechtigte Teilhabe an zentralen sozialen Bereichen wie Arbeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit und den sozialen Sicherungssystemen. Dies ist die Voraussetzung für materielle Sicherheit, kulturelle Entfaltung und die gesellschaftliche Beteiligung.

CDU



NRW CDU: Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Land mit einer großen Integrationstradition. Unsere Gesellschaft wird stärker denn je vom Zusammenleben einer Vielzahl von Gruppen unterschiedlicher ethnischer, kultureller, sozialer und religiöser Herkunft geprägt sein. Unser Ziel ist dabei ein friedliches und partnerschaftliches Miteinander auf der Basis gemeinsamer Grundsätze und Werte, die für alle hier lebenden Menschen Gültigkeit haben und Orientierung und Halt geben, ohne dass Zuwanderinnen und Zuwanderer ihre eigenen kulturellen Wurzeln aufgeben müssen.

B'90/GRÜNE



Für mich und uns Grüne insgesamt ist es z.B. selbstverständlich, dass Cem Özdemir Parteivorsitzender ist. Die Basis für Integration ist ein Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund. Dafür ist auch notwendig, deutsch zu sprechen. Letztlich aber ist Integration gelungen, wenn man positive Gefühle zum gemeinsamen Land und seinen Menschen entwickelt. Wir wollen keine Aufgabe der Bindungen zur Herkunftskultur - die CDU-Idee einer "deutschen Leitkultur" lehnen wir daher ab. Wer allerdings z.B. archaische Vorstellungen der Rolle von Mann und Frau hat und sich dabei auf seine Kultur beruft, stößt bei uns auch auf Ablehnung.

FDP



Integration bedarf gleichermaßen der Offenheit der aufnehmenden Gesellschaft und der Offenheit der Zuwanderer für die jeweiligen Besonderheiten des Zuwanderungslandes. Der Schlüssel für eine gelungene Integration von Zuwanderern ist ihre Partizipation an der Aufnahmegesellschaft. Partizipation bezieht sich vor allem auf die gleichberechtigte Teilhabe am Bildungssystem und Arbeitsmarkt, aber auch auf die Mitwirkung in der Bürgergesellschaft und in der Politik. Partizipation setzt die Akzeptanz der grundlegenden Rechts- und Wertgrundlagen in Deutschland voraus.

DIE LINKE



Für DIE LINKE bedeutet Integration die Verpflichtung, für eine rechtliche und politische Gleichstellung aller hier lebenden Menschen, für soziale Gerechtigkeit und für die Überwindung von Ausgrenzung zu kämpfen.

10) WAS FORDERN SIE VON MIGRANTEN UND WIE WOLLEN SIE SIE FÖRDERN?

SPD



NRW SPD: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten dafür ein, dass in unserem Land Menschen mit verschiedener Herkunft eine gemeinsame Zukunft aufbauen können. Wir werden sie dabei unterstützen, an der gemeinsamen Kultur in unserem Land teilzuhaben. Dazu ist der Spracherwerb die erste und wichtigste Voraussetzung. Dazu gehören aber auch die öffentliche Förderung der Migrantenkulturen und ganz besonders der Bereich der interkulturellen Bildung. Wir wünschen uns einen Dialog auf Augenhöhe, der auf dem Fundament der gemeinsamen Prinzipien unseres Grundgesetzes steht. Denn das Grundgesetz bestimmt die Werteorientierungen und Rechte, die die zentralen Prinzipien des Zusammenlebens in unserem Land bilden, und formuliert die Grundlagen unseres Verständnisses von Freiheit, Gleichheit und Gerechtigkeit.

CDU



NRW CDU: Wir wollen die Integrationspolitik im Sinne des Förderns und Forderns gestalten. Hierbei gilt es insbesondere die Sprachkompetenzen und die Bildungschancen von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte weiter zu verbessern und durch entsprechende Maßnahmen zu fördern. Zuwanderinnen und Zuwanderer wiederum müssen die angebotenen Chancen auch tatsächlich nutzen. Und für alle hier lebenden Menschen gilt: Die Basis unseres Miteinanders ist ein klares Bekenntnis zu unserem Grundgesetz und zu unserer Werteordnung.

B'90/GRÜNE



Fördern? Nun: Mitmachen. In Parteien, Verbänden, Vereinen. Überall. Fördern will ich durch ein Bildungssystem, in dem alle Kinder bessere Chancen haben. Die Potenziale von Migrantinnen und Migranten müssen besser erkannt und gefördert werden. Dazu gehört auch, die Mehrsprachigkeit bei Kindern zu fördern. Im öffentlichen Dienst sollten mehr Zuwanderer arbeiten. Die Förderung von Kindern & Jugendlichen aus Zuwandererfamilien muss verstärkt, die Einbürgerung erleichtert, und die rechtliche Gleichstellung in allen Bereichen geschaffen werden - z.B. durch ein Landesintegrationsgesetz.

FDP



Die FDP tritt für eine Integrationspolitik ein, die neue Chancen eröffnet, die fördert, fordert, die Migranten mit Respekt begegnet, ihnen aber auch Respekt vor der Verfassung, dem Gesetz, der Sprache, der Geschichte und Kultur des Landes abfordert, das ihren Lebensmittelpunkt bildet. Erfolgreiche Integration gelingt vor allem im Alltag vor Ort. Wir treten dafür ein, dass sich das Bewusstsein in der Kommunalpolitik und den lokalen Verwaltungen für die Bedeutung der Integration deutlich verstärkt. Zudem wollen wir die integrationspolitischen Ziele des Landes in einem Gesetz zusammenfassen.

DIE LINKE



Wir fordern von ihnen die aktive Teilnahme am politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Wir fördern alles in dieser Gesellschaft, das ihnen diese Teilnahme ermöglicht.

11) WAS ERWARTEN SIE VON DER MEHRHEITSGESELLSCHAFT IM UMGANG MIT MINDERHEITEN?

SPD



NRW SPD: Die Bewusstseinsbildung der Mehrheitsgesellschaft und der Migrationsbevölkerung ist ein langwieriger Prozess und muss seinen ersten Schritt in der Anerkennung der Minderheiten durch die Mehrheit finden. Jedem muss bewusst werden, dass es verschiedene Kulturen und verschiedene Lebensweisen gibt, die sich gegenseitig nicht ausschließen, sondern jede für sich legitim ist. Diese Aufforderung zur Toleranz und Offenheit richtet sich sowohl an die Mehrheits- wie auch an die Minderheitsgesellschaft. Ein „Gefühl“ von Anerkennung und Partizipation kann erst dann entstehen, wenn es auch sein Fundament in gesellschaftlichen Realitäten findet. Wir wünschen uns eine Basis, die von gegenseitigem Vertrauen gekennzeichnet ist.

CDU



NRW CDU: Wir machen uns für eine neue Willkommenskultur stark. Hierzu reicht es nicht aus, die Bereitschaft zu einem friedlichen und partnerschaftlichen Miteinander nur von den Menschen mit Zuwanderungsgeschichte einzufordern. Auch die aufnehmende Gesellschaft muss stärker auf die Zuwanderer zugehen und ihre Beiträge für das Allgemeinwohl besser wahrnehmen, anerkennen und fördern. Wir werben dafür, Zuwanderinnen und Zuwanderer als Bereicherung für unsere Gesellschaft zu begreifen und ihnen zu zeigen, dass sie in unserer Gesellschaft gewollt sind.

B'90/GRÜNE



Die Mehrheitsgesellschaft muss anerkennen, dass wir ein multikulturelles und multireligiöses Land sind. Wir wollen eine Willkommenskultur schaffen, fremdenfeindliche Strömungen stärker bekämpfen und Diskriminierung sanktionieren. Wir müssen auch Verständnis dafür wecken, dass wir mehr Zuwanderung brauchen, nicht weniger. Meines Erachtens muss man die Vorteile und den Nutzen von Zuwanderung stärker in den Vordergrund stellen.

FDP



Die FDP plädiert für einen gesellschaftlich verantwortlichen Umgang mit Minderheiten, getragen von dem Leitgedanken des wechselseitigen Respekts der Menschen füreinander. Wir brauchen die Sichtweise von Menschen, die ihre ganz eigene kulturelle Prägung dezidiert in die Diskussionen der Mehrheitskultur einbringen. Das heißt auch, dass der Begriff der Toleranz allein eben nicht ausreicht, sondern dass es um aktiven Austausch, um wechselseitige Anregung und Offenheit geht.

DIE LINKE



Toleranz, ein diskriminierungsfreier und respektvoller Umgang, Interesse für die unterschiedliche Herkunft und Kultur.

12) WAS HALTEN SIE VOM VERBINDLICHEN INTEGRATIONSTEST VOR DER EINBÜRGERUNG?

SPD



NRW SPD: Wir streben die Einbürgerung der zu uns kommenden Menschen an. In diesem Zusammenhang sind auch wir der Auffassung, dass ein grundsätzlicher Nachweis der Kenntnisse über die Rechtsordnung, Kultur, Gesellschaft und Politik in Deutschland durchaus sinnvoll ist. Wir lehnen allerdings die konkrete Ausgestaltung des aktuellen Einbürgerungstestes ab. Viele Fragen sind aus unserer Sicht entweder falsch, zu schwer oder missverständlich formuliert. Und Vieles wäre auch von gebürtigen Deutschen kaum zu beantworten! Hier gibt es erheblichen Nachbesserungsbedarf.

CDU



NRW CDU: Für eine gelingende Integration ist es unerlässlich, dass Zuwanderinnen und Zuwanderer ausreichende Kenntnisse über die Geschichte, die Gesellschaft, die Politik und die Kultur der neuen Heimat besitzen. Wir wünschen, dass viele die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben wollen. Die Einführung des Einbürgerungstests hat sich in diesem Zusammenhang als sinnvoll erwiesen, zumal dieser keine unüberwindbare Hürde darstellt: Bisher haben ihn bis zu 98 Prozent der Teilnehmerinnen und Teilnehmer erfolgreich absolviert.

B'90/GRÜNE



Einbürgerungstests lehne ich ab. Stattdessen wollen wir Grüne verpflichtende kostenlose Staatsbürgerschaftsseminare. Dort erhalten Einbürgerungswillige Informationen über Staat, Gesellschaft und Geschichte.

FDP



Die FDP spricht sich für verbindliche Integrationstests aus. Dass Menschen, die deutsche Staatsbürger werden wollen, Grundkenntnisse über unser politisches System, unsere Sprache, Geschichte und unsere Kultur nachweisen, soll keine lästige Bürokratenhürde sein, sondern ist unseres Erachtens ein wichtiger Integrationsbestandteil. Insbesondere genügend Kenntnisse der deutschen Sprache in Wort und Schrift sind elementar für eine erfolgreiche Integration und die Basis für ein kulturell-vielfältiges Miteinander statt Nebeneinander.

DIE LINKE



Davon halten wir nicht, wir setzen uns für die Erleichterung der Einbürgerung ein und wollen die Deutsch-Tests für einreisewillige Ehegatten abschaffen.

13) WIE STEHEN SIE ZUM KOMMUNALEN WAHLRECHT FÜR ALLE AUSLÄNDER?

SPD



NRW SPD: Gleichberechtigtes Zusammenleben hat zur Voraussetzung, dass alle Menschen gleichermaßen am politischen und gesellschaftlichen Gestaltungsprozess teilhaben können. Immer noch ist es so, dass viele Migrantinnen und Migranten entweder rechtlich von der Beteiligung ausgeschlossen sind, durch soziale Bedingungen gehindert werden oder durch die Praxis der Beteiligungsformen ihre Meinung unberücksichtigt bleibt. Deshalb ist es dringend erforderlich, das kommunale Wahlrecht für alle Menschen einzuführen, die seit 4 Jahren in Deutschland ihren rechtmäßigen Aufenthalt haben.

CDU



NRW CDU: Ein kommunales Wahlrecht für alle Ausländerinnen und Ausländer lehnen wir ab. Dies wäre zum einen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar und auch im Wege einer Verfassungsänderung nicht möglich (Artikel 20 Absatz 2 i. V. m. Artikel 79 Absatz 3). Zum anderen fassen wir das Wahlrecht auch als Folge geglückter Integration und nicht als Mittel zur Integration auf. Vor diesem Hintergrund werben wir dafür, dass sich noch mehr Zuwanderinnen und Zuwanderer für eine Einbürgerung entscheiden.

B'90/GRÜNE



Ich bin für das kommunale Wahlrecht für alle dauerhaft in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer. Die Verbesserung der politischen Teilhabe trägt zu einer gelingenden Integration bei. Leider blockiert die CDU die notwendige Änderung des Grundgesetzes. Da für eine solche Änderung eine 2/3-Mehrheit im Bundestag und im Bundesrat notwendig ist, stehen die Chancen für eine Einführung des Ausländerwahlrechts schlecht.

FDP



Die Liberalen in Nordrhein-Westfalen sprechen sich für das kommunale Wahlrecht für Ausländer mit dauerhaftem Aufenthaltsrecht aus, um ihre gesellschaftspolitische Partizipation zu stärken (vgl. Entschließungsantrag zur Integrationsoffensive NRW, Landtagsdrucksache).

DIE LINKE



Dafür setzen wir uns ein, dies ist auch eine Forderung in unserem Landtagswahlprogramm.

14) WIE STEHEN SIE ZUR DOPPELTEN STAATSBÜRGERSCHAFT?

SPD



NRW SPD: Die SPD war die Partei, die als erste eine konsequente Integrationspolitik im Einwanderungsland Deutschland auf die Tagesordnung gesetzt hat. Mit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechtes von 2000 wurde eine längst überfällige Reform umgesetzt. Die SPD war auch die treibende Kraft, unser veraltetes Ausländergesetz abzulösen und ein neues Zuwanderungsgesetz auf den Weg zu bringen. Leider ist es nicht gelungen, die doppelte Staatsbürgerschaft in diesem Gesetz zu verankern. Zur besseren Integration vor allem von Nicht-EU-Mitgliedern ist dies dringend erforderlich.

CDU



NRW CDU: Wir werben dafür, dass sich noch mehr Zuwanderinnen und Zuwanderer für eine Einbürgerung entscheiden. Eine generelle Hinnahme doppelter Staatsbürgerschaften lehnen wir ab. Wir begrüßen allerdings die Absicht der Bundesregierung, die Erfahrungen mit den ersten so genannten „Optionsfällen“ auf möglichen Verbesserungsbedarf sowohl in verfahrens- als auch materiellrechtlicher Hinsicht zu überprüfen und gegebenenfalls entsprechende Änderungsvorschläge zu erarbeiten. Dabei sollten aus unserer Sicht auch integrationspolitische Aspekte eine Rolle spielen.

B'90/GRÜNE



Wir Grüne bekennen uns zur doppelten Staatsbürgerschaft. Zwei Pässe werden der Lebenssituation von Migrantinnen und Migranten gerecht, die ja quasi auch emotional mit mindestens zwei Ländern verbunden sind. Aus den vielen Ländern mit doppelter Staatsbürgerschaft gibt es keine negativen Erfahrungen damit.

FDP



Wir lehnen eine doppelte Staatsangehörigkeit für Erwachsene derzeit ab. Das bestehende Optionsmodell wird weiterhin evaluiert. Es erscheint sachgerecht, im Alter zwischen 18 und 23 Jahren eine Entscheidung über die Staatsbürgerschaft zu verlangen. Wir wünschen uns, dass diejenigen, die in Deutschland aufgewachsen sind, sich auch für die deutsche Staatsbürgerschaft entscheiden. Wichtig ist aus unserer Sicht im Endeffekt jedoch nicht die formale Staatsangehörigkeit, sondern das Gelingen der Integration. Hierfür bedarf es insbesondere einer Bildungsoffensive, die allen Chancen eröffnet.

DIE LINKE



DIE LINKE fordert, dass doppelte Staatsbürgerschaften grundsätzlich möglich sind.

BÜRGERRECHTE

[DEFINITION]

Bürgerrecht, das: 1. ein gesetzliches Recht, das ein Staat seinen Bürgern zugesteht 2. zu den Bürgerrechten in einer Demokratie gehören beispielsweise das Wahlrecht und alle anderen Grundrechte 3. Bürgerrechte bilden zusammen mit den Menschenrechten die Grundrechte nach dem Grundgesetz.

Bürgerrechtler, der/die: Person, die für die Einhaltung der Bürgerrechte kämpft

4. BÜRGERRECHTE

15) WAS WIEGT FÜR SIE HÖHER: DATENSCHUTZ UND PERSÖNLICHE FREIHEIT ODER ÜBERWACHUNG? UND WIESO?

SPD



NRW SPD: Sicherheit und Freiheit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir wollen bestmögliche Sicherheit für alle garantieren und die Ausübung individueller Freiheitsrechte für jedermann gewährleisten. Unsere Bürger wünschen sich Freiheit und Sicherheit. Der demokratische Staat des Grundgesetzes bürgt für die Menschen- und Bürgerrechte und setzt sich für die Sicherheit seiner Bürger ein, damit diese Freiheit, Demokratie und Wohlstand genießen können. Das bleibt die Richtschnur sozialdemokratischer Politik für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

CDU



NRW CDU: In der Informationsgesellschaft ist Datenschutz von besonderer Bedeutung. Wir wollen ein hohes Datenschutzniveau, das den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit, der Datensicherheit und -sparsamkeit, der Zweckbindung und der Transparenz umfassend Rechnung trägt. Eine wehrhafte Demokratie muss sich für eine effektive Gefahrenabwehr die erforderlichen Informationen beschaffen können. Datenschutzinteressen sind mit dem Interesse an einer wirksamen Kriminalitätsbekämpfung in Einklang zu bringen. Datenschutz darf nicht zum Täterschutz werden.

B'90/GRÜNE



Datenschutz und die persönliche Freiheit wiegen für mich höher. Der demokratische Rechtsstaat schützt die Grundrechte und sollte eine offene Gesellschaft ermöglichen, in denen die Menschen sich ohne Angst vor Überwachung frei und sicher entfalten können. Dazu gehört, dass die Grund- und Freiheitsrechte geachtet und geschützt werden. Online-Durchsuchungen lehnen wir ab, weil die Privatdaten geschützt werden müssen. Auch müssen endlich höhere Standards beim Datenschutz und mehr Kontrollen in Unternehmen stattfinden. Denn es darf nicht sein, dass der illegale Handel mit persönlichen Daten expandiert.

FDP



Die FDP gibt dem Datenschutz und den bürgerlichen Freiheiten eindeutig den Vorzug. Flächendeckende Videoüberwachung, Schleierfahndung, präventive Telefonüberwachung und Online-Durchsuchung durch die Polizei lehnen wir ab. Die Grundrechte der Bürger sind der Maßstab, an dem sich unsere Demokratie messen lassen muss. Wir wollen größtmögliche Entfaltungsspielräume für die Freiheit schaffen und stimmen Eingriffsbefugnissen nur dort zu, wo sie unabdingbar sind.

DIE LINKE



Für DIE LINKE wiegen eindeutig der Datenschutz und die persönliche Freiheit mehr.

16) WAS WOLLEN SIE FÜR MEHR SICHERHEIT IN NRW MACHEN?

SPD



NRW SPD: Wir stehen für eine Innenpolitik, die die Sicherheit und die Freiheit der Bürger schützt. Wir werden der Polizei neue Perspektiven bieten, indem wir den Personalabbau stoppen, ein Konzept zur Alterstrukturentwicklung erarbeiten und ein modernes Gesundheitsmanagement einführen. Wir werden aber auch die Transparenz und Nachprüfbarkeit polizeilichen Handelns verbessern.

CDU



NRW CDU: Innere Sicherheit ist kein Selbstzweck, sondern eine wesentliche Bedingung für Lebensqualität und Voraussetzung für die Stabilität unserer Gesellschaft. Die CDU Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen hat im November 2009 ein Positionspapier zum Thema Innere Sicherheit beschlossen, das auf der Homepage der Fraktion zum Download bereit steht. Jede einzelne Bürgerin, jeder einzelne Bürger in Nordrhein- Westfalen – gleich welcher Herkunft, Religion oder Weltanschauung – ist aufgerufen, sich an dem dort skizzierten Projekt „Innere Sicherheit in Freiheit“ zu beteiligen.

B'90/GRÜNE



Sicherheit und die Kriminalitätsbekämpfung sind auch ohne unverhältnismäßige Einschränkung der Freiheitsrechte möglich. Eine föderale und effizient organisierte Polizei ist Garant für die Sicherheit und den Schutz der Grund- und Freiheitsrechte der BürgerInnen. Die Polizei benötigt eine angemessene Ausstattung, eine fundierte Ausbildung sowie eine effiziente Aufbau- und Ablauforganisation. Wir sind davon überzeugt, dass PolizistInnen auf der Straße mehr Sicherheit bringen als hinter Videokameras. Die Ursachen von Kriminalität müssen bekämpft und Konzepte zur Prävention umgesetzt werden.

FDP



Die Beseitigung von Vollzugsdefiziten hat für uns Vorrang vor einem steten sich überbietenden Gesetzesaktionismus. Die bestehenden Befugnisse sollen konsequent ausgeschöpft werden, bevor nach neuen Eingriffsgrundlagen gerufen wird. Wir möchten Sicherheit für die Bürger vor allem durch mehr Beamte im Dienst und auf der Straße, eine bessere und modernere Ausstattung unserer Polizei, weniger Verwaltungsaufgaben und eine größere Bürgernähe der Sicherheitsbehörden erreichen. Der "Schutzmann an der Ecke", an den sich der Bürger informell jederzeit wenden kann, kann dabei als Vorbild dienen.

DIE LINKE



Sicherheit erreicht man nicht durch Aufrüstung der Sicherheitsbehörden, Polizei und Geheimdienste sondern durch eine sozial gerechte Politik, die ein solidarisches und weltoffenes Miteinander ermöglicht. Wir setzen darüber hinaus auf Prävention insbesondere bei Jugendlichen statt härterer Bestrafung im Falle von Straftaten.

INTERNATIONALES

[DEFINITION]

International (lat. inter „zwischen“ und natio „Volk“) bedeutet zwischenstaatlich, nicht auf eine(n) Nation, Staat begrenzt; etwas, das mehrere Staaten oder ihre Staatsbürger betrifft wie zum Beispiel internationale Abkommen, internationale Konflikte/Kriege

5. INTERNATIONALES

17) IM US-GEFÄNGNIS AUF GUANTANAMO WAREN ÜBERWIEGEND UND NACHWEISLICH UNSCHULDIGE ÜBER JAHRE ILLEGAL INHAFTIERT. VON EINIGEN DER INHAFTIERTEN KOMMT DIE ANFRAGE UM LEGALE AUFNAHME IN NRW. WIE BEANTWORTEN SIE DIESE ANFRAGE?

SPD



NRW SPD: Diese Fragen können wir mit Verweis auf die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages auf Landesebene nicht beantworten.

CDU



NRW CDU: Bei der Frage nach der Zukunft der so genannten „Guantánamo-Häftlinge“ handelt es sich um eine Aufgabe, die von den Vereinigten Staaten gelöst werden kann und muss. Wir sehen derzeit keinen Grund, warum ein Teil der Inhaftierten in Nordrhein- Westfalen aufgenommen werden sollte.

B'90/GRÜNE



Wir Grüne sind der Ansicht, dass Deutschland - also auch NRW - in der humanitären Pflicht steht, unschuldige Gefangene aus Guantánamo aufzunehmen. Die Menschenrechte sowie die Achtung und der Respekt vor der Würde eines jeden Menschen lassen in dieser Frage überhaupt keine andere Wahl. Menschenrechtspolitik bedeutet für uns, auch die Innenpolitik und das eigene konkrete Handeln nach menschenrechtlichen Standards auszurichten. Auch die transatlantische Partnerschaft mit den USA gebietet eine kooperative Grundhaltung Deutschlands. Die Grüne Bundestagsfraktion hat hierzu mehrfach die Initiative ergriffen.

FDP



Eine Aufnahme ehemaliger Guantanamo-Häftlinge kommt für uns nicht pauschal in Betracht. In erster Linie liegt die Verantwortung dafür bei den USA, die das Lager betrieben haben. Wir können uns aber vorstellen, aus humanitären Gründen diejenigen aufzunehmen, die nachweislich keine Sicherheitsrisiken für unser Land darstellen. Dies bedarf jedoch sorgfältiger Prüfung in jedem Einzelfall.

DIE LINKE



Unsere Fraktion im Bundestag macht sich stark für die Aufnahme einiger Guantanamo-Häftlinge als Wiedergutmachung für einen geringen Teil der Betroffenen. Wir beantworten diese Anfrage also mit JA.

18) SIND SIE FÜR DEN ABZUG DEUTSCHER SOLDATEN AUS AFGHANISTAN? WARUM?

SPD



NRW SPD: Diese Fragen können wir mit Verweis auf die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages auf Landesebene nicht beantworten.

CDU



NRW CDU: Die Zuständigkeit für die Außen- sowie die Verteidigungspolitik liegt beim Bund und nicht bei den Ländern. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan dient dem Ziel, Afghanistan zu einem Land ohne Terror und Angst zu machen und damit auch die Sicherheit Deutschlands, Europas und der Welt zu bewahren. Ein überstürzter Abzug der deutschen Soldaten wäre eine Ermutigung für alle Extremisten - über die Grenzen Afghanistans hinaus.

B'90/GRÜNE



Die Mehrheit der grünen MdB hat sich bei der Abstimmung über das aktuelle ISAF-Mandat im Bundestag enthalten. Damit wird deutlich, Grüne stehen zur Verantwortung, lehnen einen Sofortabzug ab, fordern aber eine Abzugsperspektive für die Bundeswehr. Kriterien hierfür müssen jetzt festgelegt werden. Da hat die Regierung bisher versagt. Die neue ISAF-Strategie ist vornehmlich militärisch; wir wollen dagegen, dass bei der Unterstützung Afghanistans auf dem Weg zu einer friedlichen und demokratischeren Zukunft der Grundsatz "Zivil vor Militär" gilt und Klarheit über Mittel und Instrumente herrscht."

FDP



Die Beantwortung dieser Frage liegt außerhalb der Landespolitik.

DIE LINKE



Krieg schafft niemals Frieden sondern erzeugt nur erneuten Hass. Aus unserer Sicht gibt es keinen nachvollziehbaren Grund für den Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan.

19) WAS SAGEN SIE DEN FAMILIEN GEFALLENER DEUTSCHER SOLDATEN UND GETÖTETER AFGHANISCHER ZIVILISTEN? WOFÜR SIND SIE GESTORBEN?

SPD



NRW SPD: Diese Fragen können wir mit Verweis auf die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages auf Landesebene nicht beantworten.

CDU



NRW CDU: Ihnen gilt unser aller Mitgefühl. Wie groß die Trauer ist und wie groß die Schmerzen sind, lässt sich nur von jenen ermessen, die wissen, was es bedeutet, einen geliebten Menschen zu verlieren. Jeder einzelne im Rahmen des internationalen Einsatzes in Afghanistan getötete Mensch verpflichtet uns, die Risiken und das Leid, das dieser Einsatz bei unseren Soldaten und ihren Familien sowie bei den unschuldigen zivilen afghanischen Opfern und ihren Angehörigen hinterlässt, zu bedenken. Die Getöteten starben für die Gewissheit, ihre und unsere Freiheit sowie das Leben unserer Familien zu

B'90/GRÜNE



Meine Gedanken sind bei den Angehörigen und Freunden der Opfer von gewaltsamen Auseinandersetzungen in Afghanistan. Wir trauern mit ihnen. Verletzten Soldaten und Zivilisten wünschen wir baldige und rasche Genesung. Die Vorfälle der letzten Wochen zeigen, welch großem Risiko die Soldatinnen und Soldaten jeden Tag ausgesetzt sind. Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan bedarf einer Erfolgs- und Abzugsperspektive. Nur so ist er für die Soldatinnen und Soldaten und deren Familien zumutbar.

FDP



Die Beantwortung dieser Frage liegt außerhalb der Landespolitik.

DIE LINKE



Dieser Krieg war, ist und bleibt falsch. Wir halten den Einsatz der Bundeswehr für einen Fehler und fühlen mit den zivilen afghanischen Opfern sowie den gefallenen Soldaten.

20) SOLL DEUTSCHLAND WEITER ZU DEN GRÖßTEN WAFFENEXPORTEUREN DER WELT GEHÖREN?

SPD



NRW SPD: Diese Fragen können wir mit Verweis auf die Zuständigkeit des Deutschen Bundestages auf Landesebene nicht beantworten.

CDU



NRW CDU: Die Kontrolle des deutschen Rüstungsexports liegt in der Zuständigkeit des Bundes und wird durch das Grundgesetz, das Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen und das Außenwirtschaftsgesetz i. V. m. der Außenwirtschaftsverordnung geregelt. Nach Angaben der Bundesregierung werden alle Anträge auf Ausfuhrgenehmigung im jeweiligen Einzelfall nach sorgfältiger Abwägung vor allem der außen-, sicherheits- und menschenrechtspolitischen Argumente entschieden. Wichtige Kriterien jeder Entscheidung sind demnach u. a. die Konfliktprävention und die Beachtung der Menschenrechte im Empfangsland.

B'90/GRÜNE



Nein. Deutschland muss seiner Rolle als Friedensmacht gerecht werden. Anlässlich der durch das Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) veröffentlichten Zahlen zu weltweiten Rüstungsexporten fordern die Grünen die Bundesregierung auf, ihre Rüstungsexportpolitik unverzüglich von wirtschaftlichen Interessen zu lösen und ihrer ethischen Verantwortung gerecht zu werden. Dem Parlament muss ein umfassendes Mitspracherecht eingeräumt und endlich mit Offenheit und Transparenz begegnet werden.

FDP



Die Beantwortung dieser Frage liegt außerhalb der Landespolitik.

DIE LINKE



LINKE fordert Subventionen und Fördergelder an Konzerne in NRW abzuschaffen, die an Rüstungsforschung und der Herstellung von Rüstungsgütern beteiligt sind.

Herzlichen Dank...



**Liebe Bürgerinnen,
liebe Bürger,**

wir hoffen Ihnen mit diesem
Wahlkompass Ihre
Wahlentscheidung für die
NRW Landtagswahl am 9.
Mai 2010 erleichtert zu
haben.

Gehen Sie wählen! Ihre
Stimme zählt wirklich!

Wir bedanken uns bei den
Parteien und Politikern für
die Beantwortung der
Fragen des Wahlkompasses.

FROM:

ABOUTNEDZAD

<http://twitter.com/aboutnedzad>